

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Februar 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Ursula Cross: Ungelöste Probleme im Umgang mit Kernenergie**
- **Reaktor-Demonstrationsprojekt unter falschem Namen?**
- **J. Berger: Zurück zum Atom? Energiepolitische Tagträumereien im Wahlkampf**
- **Ron Paul: Überprüft USAID - und schließt es!**
- **Thomas Röper: Der Westen zündelt wieder in Serbien**
- **Der NDR und die NGO "OCCRP"**
- **Petra Erler: Vom Dialog zur Doppelmoral: Der Niedergang deutscher Außenpolitik**
- **Éva Péli: Emmanuel Todd: "Russlands Rolle im Weltgeschehen hat mich immer erstaunt"**
- **J. J. Mearsheimer: Wer hat den Ukraine-Krieg verursacht?**
- **Multipolar: Ukrainer für "sofortige Friedensverhandlung"**
- **Kyle Anzalone: 200 israelische Soldaten, die sich weigern, in Gaza zu kämpfen, fordern ... ein Ende des Krieges**
- **Jakob Reimann: Bericht: Genozid in Gaza**
- **Joachim Guilliard: Das Ende Syriens als säkularer und souveräner Staat rückt die Region weiter in den Abgrund**
- **GlobalBridge: Offener Brief an die Schweizer Regierung, den Bundesrat**
- **IPPNW kritisiert weltweite Aufrüstung und Militarisierung**
- **Lebenshaus Schwäbische Alb: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland**
- **K. Demeter: Versagen der US-Regierung bei Überwachung von Nebenwirkungen der "Covid-Impfstoffe"**
- **treditionShop: Staatsfeind?**

**Wer die Vergangenheit nicht kennt,
kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.**

Editorial

*Im Rahmen der Energiepolitik ist das Thema Atomstrom keineswegs Vergangenheit; deshalb beginnt diese Nummer mit drei ausführlichen Beiträgen zum Thema **Kernenergie**, in denen auch auf die (oft missachteten) Gefahren aufmerksam gemacht wird.*

*Die nächsten drei Beiträge befassen sich – im weitesten Sinne – mit **Propaganda**. Ron Paul zeigt auf, wie die aktuell von Trump und Musk überprüfte und teilweise unmittelbar blockierte “Hilfsorganisation” **USAID** in aller Welt für US-gesteuerte Propaganda und zum Teil massive politische Einflussnahme gesorgt hat. Thomas Röper beleuchtet entsprechende Aktivitäten in **Serbien** und Norbert Häring berichtet von offensichtlichen **Zensurvorgängen beim NDR**.*

*Im Gegensatz dazu tritt Petra Erler klar für eine **Außenpolitik der Verständigung** und der eigenständigen deutschen Handlungsfähigkeit ein, die sich ehrlich an den Tatsachen orientiert. **Emmanuel Todd** stellt auf anschauliche Art ähnliche Gedanken in einen größeren Zusammenhang des Niedergangs von guten alten europäischen Werten zugunsten nihilistischer Einstellungen.*

*Außenpolitisch sind weiterhin die **Ukraine und der Nahe Osten** aktuelle Themen. John Mearsheimer stellt noch einmal Argumente zusammen, die aus seiner Sicht für die Verantwortlichkeit des Westens für den Ukrainekrieg sprechen. Diesen Krieg lehnt eine große Mehrheit der Ukrainer ab und wünscht ein **unverzügliches Ende des Krieges**. Auch in Israel weigern sich laut Kyle Anzalone zunehmend Soldaten, in Gaza zu kämpfen. Denn sie erleben unmittelbar das, was laut **Amnesty International** ein **Völkermord** ist; Jakob Reimann stellt dazu Fakten zusammen. Auch **Syrien** ist nach einer Darstellung von Joachim Guillard ein zerstörter Staat, dem eine Destabilisierung drohe wie Libyen.*

*Hörbare **Stimmen gegen diese Kriege** und die damit verbundenen schrecklichen Entwicklungen sind z.B.: Ein Schweizer Ehepaar fordert in einem Offenen Brief an die Schweizer Regierung, sich für Friedensverhandlungen in Nahost einzusetzen, die ärztliche Friedensorganisation IPPNW appelliert an die deutsche Bundesregierung, sich für Diplomatie statt für weitere Aufrüstung in der Ukraine und Nahost einzusetzen. Und auch das Lebenshaus Schwäbische Alb wendet sich mit einem Offenen Brief an die Bundestagswahlkandidaten gegen eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen.*

*Von Konstantin Demeter wird ein zweifelhafter Umgang mit den Meldungen zu unerwünschten Nebenwirkungen der **Covid-Impfstoffe** in den USA aufgezeigt. Zuletzt wird auf ein neues Buch verwiesen, in dem verschiedene kritische Autoren aufzeigen, wie sie durch ihren **Mut für eigenständiges Denken** quasi zu “Staatsfeinden” wurden.*

● Ursula Cross: **Ungelöste Probleme im Umgang mit Kernenergie**

In einer umfassenden und mit vielen Quellen belegten [Ausarbeitung zur Nutzung der Kernspaltung und der Kernfusion](#), einschließlich deren ungelösten Problemen, Unfällen, Risiken und des Waffenaspekts, hat Emil Brütsch die ihm bekannten Fakten, Erfahrungen und Schlussfolgerungen zur Nutzung der Kernenergie durch die Menschheit zusammengetragen. Diese Ausarbeitung mit Stand November 2024 wurde am 20.12.2024 dankenswerterweise vom 'Schweizer Standpunkt' aufgegriffen, gewürdigt und als PDF ins Netz gestellt. Sein dort zitiertes persönliches Fazit: "Mit Sachargumenten, Fakten und Schlussfolgerungen aus den einzelnen Kapiteln zieht Emil Brütsch das Fazit, dass die [Kernenergie kein vernünftiger Weg in die Zukunft](#) ist: 'Die erlebten Katastrophen mit Kernenergieanlagen und auch der im Ukraine Krieg praktizierte Erpressungsversuch durch Beschuss von Atomanlagen lassen für mich nicht erkennen, dass die Menschheit mit dem Gefahrenpotential dieser Energieform hinreichend verantwortungsvoll umzugehen gewillt ist.' "

Ursula Cross ist ausgebildete Primarlehrerin in der Schweiz und in Neuseeland. Nach 21 Jahren im öffentlichen Schuldienst hat sie 2000 eine private Sonderschule im Kanton Zürich gegründet und war dort bis zu ihrer Pensionierung tätig als Schulleiterin und Lehrerin. Heute ist sie als ehrenamtliche Redakteurin bei dem "weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängigen Medienformat «[Schweizer Standpunkt](#)» engagiert und ist dort und bei anderen Medien auch als Übersetzerin CAS tätig. (Red.)

Emil Brütsch, Jg. 1946, Dipl.-Ing. in Maschinenbau, hat im Kernenergiebereich des "Schnellen Brüters" gearbeitet und war insbesondere bei der Entwicklung von Techniken des sogenannten Brennelement-Schadensnachweises tätig. Das umfasste auch die praktische Erprobung im Labor, in Versuchsanlagen und in Kernkraftwerkanlagen. Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Reaktor-Demonstrationsprojekt unter falschem Namen?**

Die Bundesagentur für Sprunginnovationen in Leipzig (SPRIN-D) hatte eine Umsetzungsstudie für den Bau einer sogenannten Transmutationsanlage in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde nun fertiggestellt. Laut der dpa-Meldung bewertet die Studie die Nutzung solch einer Anlage, um [radioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken "in deutlich weniger schädliche Elemente umgewandelt](#) werden und das theoretisch schon in zehn Jahren". Gedacht ist, solch eine Umwandlungsanlage in einem der stillgelegten Atomkraftwerke entstehen zu lassen, die in Deutschland mittlerweile als Zwischenlager für Atommüll dienen. Um die Strahlungsintensität des Atommülls zu verringern und die Strahlungsdauer extrem zu verkürzen, werden bei dieser Methode die Atomkerne alter Brennstäbe mit Neutronen beschossen. Bei dem Umwandlungsprozess fallen u.a. auch Xenon, Krypton, Cäsium, Strontium Rhodium und Ruthenium an, die teilweise in verschiedenen Industriezweigen, in der Medizin und Forschung genutzt werden könnten. Aus der dpa-Meldung geht hervor, dass dabei "eine Anlage des Schweizer Start-ups Transmutex aus Genf" zum Einsatz kommen soll. Die für eine Transmutationsanlage erforderlichen Investitionskosten (1,5 Mrd. Euro) und jährlichen Betriebskosten (115 Mio. Euro) würden durch die Erlöse aus den gewonnenen Stoffen und aus der Abwärme mehrfach gedeckt.

Dass es sich bei der Transmutex-Anlage primär um einen Wärme und damit Energie liefernden Kernreaktor handelt, wird nicht explizit gesagt (Red.). Aber das wird sowohl in der [Umsetzungsstudie von SPRIN-D](#) selbst als auch in dem Artikel, in dem die [Transmutex-Anlage vorgestellt](#) wird, klar ausgesprochen. Bei der Anlage handelt es sich um einen Thorium-Kernreaktor, der mit einem Teilchenbeschleuniger kombiniert ist. Laut 'nuklearforum.ch' soll die Anlage "kostengünstig kohlenstoffarmen Strom liefern" und "die heutigen Probleme der

Kernenergie bezüglich Sicherheit, langlebigen Abfällen und Verbreitung von Atomwaffen [...] erheblich verbessern“. Der Teilchenbeschleuniger, der zur Umwandlung von Thorium-232 in das spaltbare Uran-233 benötigt wird, soll vom PSI (Paul-Scherrer-Institut, Schweiz) geliefert werden. Für Transmutex scheint die Umwandlung der langlebigen Abfallbestandteile herkömmlicher Uran-Reaktoren eher ein Nebenprodukt zu sein. Für die Finanzierung einer Demonstrationsanlage hat Transmutex (1,5 Mrd. Euro) bisher gerade mal 5 Mio. Euro von fünf privaten US-Investoren zusammenbekommen. – *Will da die SPRIN-D helfen, das Projekt, das an den 'Dual-Fuel-Reactor' erinnert und ursprünglich erstmals in Ruanda realisiert werden sollte (siehe ["Kernenergie. Kein vernünftiger Weg in die Zukunft"](#), Seite 13), zu finanzieren? Es fällt auf, dass die SPRIN-D-Studie und die Veröffentlichung zum Transmutex-Reaktor gleichzeitig erfolgten. (Red.)*

Zu dem bei der Transmutation zugrunde liegenden Konzept – fachsprachlich Partitionierung und Transmutation – schreibt die Organisation 'ausgestrahlt': "Die Idee basiert auf Prozessen, die in der Theorie bereits seit Jahrzehnten bekannt sind. Auch langjährige Forschung hat sie aber einer Umsetzung nicht näher gebracht. Dies liegt sowohl an technischen Hürden als auch an physikalischen Grenzen." So sei laut 'ausgestrahlt' eine ["Umwandlung langlebiger Spalt- und Aktivierungsprodukte \[...\] auch perspektivisch nicht möglich"](#), was die Organisation näher auseinandersetzt. Auch für die notwendige Trennung der Bestandteile gebe es kein erprobtes Verfahren, schon gar nicht für bereits in Glas eingegossene Abfälle. Eine Langzeitlagerung sei unumgänglich, "selbst wenn Transurane einmal behandelt werden könnten". "Bei allen Verfahren entstehen zudem hochreine atomwaffenfähige Materialien." Und die "Menge an schwach- und mittelradioaktivem Müll würde sich vervielfachen".

Laut einer Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages zu den zeitlichen Perspektiven der Endlagersuche für die hochradioaktiven Abfälle werden hinsichtlich der Festlegung eines Endlagerstandorts unterschiedliche Zeitpunkte genannt. So wird laut dem StandAG (Standortauswahlgesetz) eine Festlegung frühestens für 2031 erwartet, während mit der Festlegung beschäftigte Organisationen dies frühestens 2074 erwarten. Mit einem [Abschluss des Entsorgungsprozesses ist demnach nicht vor "Mitte des 22. Jahrhunderts"](#) zu rechnen. Die Abfälle sollen eine Million Jahre sicher verwahrt sein."

[Inhalt](#) ↑

● Jens Berger: **Zurück zum Atom? Energiepolitische Tagträumereien im Wahlkampf**

Im Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen ordnet Jens Berger die Versprechen der Parteien im Hinblick auf ihre Aussagenkraft ein. Dazu führt er insbesondere zur Versorgung mit Strom aus Kernenergie einige Überprüfungen durch. Hinsichtlich einer Renaissance der Kernkraft sieht er in 2024 weltweit gerade mal 7 neue ans Netz gegangene Reaktoren und eine Zunahme der Kernkraftleistung um 4,3 GW, während anno 2024 in Deutschland die Solarkapazität um 16 GW, in den USA um 40 GW und in China um 161 GW ausgebaut wurde.

Weltweit sind 61 Atomkraftwerksblöcke im Bau, davon je einer in Frankreich und einer in Großbritannien. Ernüchternd sind die Bauzeiten. Bei dem in Bau befindliche britische AKW Hinkley Point wurden die Planungen 2010 begonnen und die Kosten bei Baubeginn mit 21,3 Mrd. Euro veranschlagt. Heute geht man von einer Inbetriebnahme frühestens 2031 und aktuellen Kosten von 56,7 Mrd. Euro aus. Der britische Rechnungshof geht dabei von Gesamtkosten für den Steuerzahler in Höhe von rund 240 Mrd. Euro aus. Block 2 des französischen AKW Flamanville wurde bei Baubeginn 2007 auf 3,3 Mrd. Euro bei einer Bauzeit von 5 Jahren veranschlagt. Der Block ist in 2024, mit 12 Jahren Verspätung und mit endgültigen Baukosten von 23,7 Mrd. Euro in Betrieb gegangen. Der Bau des finnischen AKW Olkiluoto 3 wurde 2005 unter Bezifferung der Baukosten auf 3 Mrd. Euro begonnen und sollte nach 4 Jahren in Betrieb gehen. Real wurde der Reaktorblock 2023 in Betrieb genommen, nachdem für den Bau 11 Mrd. Euro ausgegeben wurden. In den USA gingen die Blöcke 3 und 4 des AKW Vogtle mit 8-jähriger Verspätung in Betrieb und

kosteten statt 14 am Ende 37 Mrd. Dollar. Die ins Unendliche steigenden Kosten der zwei Blöcke für das AKW 'Virgil C. Summer' brachen dem US-Kernkraftwerksbauer Westinghouse am Ende das Genick; das Projekt wurde abgebrochen.

Aufgrund der hohen Kosten und Risiken fallen nicht nur für die Unternehmen und Betreiber, sondern auch für Steuerzahler und Stromabnehmer sehr hohe Kosten an. Dadurch ist die Zahl der Kraftwerksbaufirmen deutlich zurückgegangen; die Stromkosten wurden um ein Vielfaches teurer als die der regenerativen Energiequellen – sofern diese aufgrund von zur Verfügung stehender Sonne und Wind liefern können. Berger weist dann auch auf die technischen und sicherheitstechnischen Probleme der Kernreaktoren hin (u.a. Materialversprödung), was auch eine Verlängerung von Laufzeiten bzw. [Wiederinbetriebnahmen von Reaktoren und Brennelementherstellung nur mit nicht vertretbaren Kosten möglich](#) erscheinen lässt. Neue Technologien wie SMR-Kernkraftwerke (kleine AKWs mit geringer Leistung) seien noch nicht ausgereift. Berger weist darauf hin, dass es bei der Produktion von Solar- und Windstrom flexible Reservekapazitäten in Form von Gaskraftwerken und entsprechende Gasimporte braucht. "Wer von preiswertem Strom spricht, muss daher vor allem von preiswerten Gasimporten sprechen."

[Jens Berger](#), Jg. 1972, abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, freier Journalist, Redakteur der [NachDenkSeiten](#); schreibt zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Ron Paul: **Überprüft USAID - und schließt es!**

Laut den Medien hat die neue US-Regierung nicht nur die Aktivitäten von USAID eingefroren, sondern plant möglicherweise, sie wieder dem US-Außenministerium zu unterstellen. Andere Berichte, darunter auch Äußerungen von Elon Musk, deuten darauf hin, dass sie ganz geschlossen werden soll. Für Ron Paul würde die Schließung von USAID eine der bedeutendsten Änderungen sein, die Präsident Trump in den ersten Wochen seiner Amtszeit vorgenommen hat. Denn USAID sei nur vordergründig eine Regierungsbehörde, die in Katastrophengebieten in Übersee Hilfe leistet. In Wahrheit sei [USAID "eine Schlüsselkomponente der weltweiten 'Regimewechsel'-Operationen der US-Regierung"](#). USAID gibt jedes Jahr Milliarden von Dollar aus, um 'Nichtregierungsorganisationen' in Übersee zu unterstützen, die als Schattenregierungen fungieren und die gewählten Regierungen, die die US-Interventionisten stürzen wollen, aushöhlen. Hinter den meisten außenpolitischen Katastrophen der USA in Übersee sind die Fingerabdrücke von USAID zu sehen. Von der Ukraine bis Georgien und weit darüber hinaus mischt sich USAID in die inneren Angelegenheiten fremder Länder ein - etwas, das die Amerikaner wütend machen würde, wenn es bei uns geschehen würde. [...] Es wird berichtet, dass 90% der Medien von der US-Regierung finanziert werden! [...] Die meisten Berichte der US-Mainstream-Medien über die Ukraine haben ihren Ursprung in der 'Berichterstattung' der lokalen Medien. Von Nachrichten vom Schlachtfeld über Verluste bis hin zum Zustand des ukrainischen Militärs – die 'Nachrichten' aus der Ukraine werden von Medien verfasst, die von der US-Regierung unterstützt werden, und dann von US-amerikanischen und anderen westlichen Medien aufgegriffen. Es handelt sich um einen geschlossenen Propagandakreislauf, der nicht nur die US-Bürger [...], sondern auch die US-Regierungsstellen – wie den Kongress – mit falschen Informationen versorgt, die sich bei ihren Nachrichten über die Ukraine auf die Berichterstattung der Mainstream-Medien in den USA verlassen. [...] Aber USAID ist nicht nur mit Desinformation im Geschäft. Elon Musk hat kürzlich einen Artikel der 'New York Post' auf X veröffentlicht, in dem berichtet wird, dass USAID 53 Mio. Dollar an die 'EcoHealth Alliance' überwiesen hat, um die Forschung an Coronaviren im Labor in Wuhan zu unterstützen! Hat USAID COVID mitfinanziert? Die Amerikaner haben ein Recht darauf, dies zu erfahren." Daher fordert Ron Paul: "USAID braucht eine vollständige und transparente Prüfung."

Es wäre wünschenswert, wenn nach der Überprüfung der USAID eine ehrlich gemeinte Unterstützung von bedürftigen Ländern erfolgen würde. (Red.)

[Ronald Ernest "Ron" Paul](#), Jg. 1935, ist Mitglied der 'Libertarian Party' und war zwischen 1976 und 2013 (mit Unterbrechungen) als Republikaner Abgeordneter im US-Repräsentantenhaus. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Thomas Röper: **Der Westen zündelt wieder in Serbien**

Die Serben fühlen sich traditionell mit Russland und den Russen verbunden und Serbiens Präsident Vucic weigert sich hartnäckig, bei der anti-russischen Politik des Westens mitzumachen. Laut Thomas Röper gefällt dies dem Westen nicht. Ein [Hebel, um gegen die serbische Regierung vorzugehen](#), ist der umstrittene Kosovo, der die Autonomie der dortigen serbischen Bevölkerung immer wieder provokativ missachtet. Den serbischen Präsidenten Vucic und seine Regierung bringen solche Provokationen innenpolitisch in Bedrängnis, weil die Mehrheit der Serben die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennt und von der serbischen Regierung fordert, den Schutz der Serben im Kosovo zu garantieren. Ein anderer Hebel ist die vom Westen finanzierte Opposition in Serbien, die 2023 vorgezogene Neuwahlen forderte. Als diese nicht das nach ihrem Willen entsprechende Ergebnis brachten, wurde von Wahlfälschung gesprochen und öffentliche Gebäude besetzt. Auch die von EU-finanzierten Teilnehmern befeuerten Proteste gegen den von Vucic mit der EU vereinbarten Lithiumabbau zielten auf den Rücktritt der serbischen Regierung. Im Zusammenhang mit dem eingestürzten Vordach des Bahnhofs der Stadt Novi Sad, erreichten die vom Ausland gesteuerten Demonstranten dann den Rücktritt des Ministerpräsidenten Vucetić und des Bürgermeisters der Stadt.

Röper wirft Blick auf die in Serbien aktiven NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen): Die GIJN (Global Investigative Journalism Network) wird von US-Oligarchen wie Soros finanziert. Die OCCRP (Organized Crime and Corruption Reporting Project) wird finanziert von dem britischen, dänischen und US-Außenministerium, der USAID, dem NED (National Endowment for Democracy), Rockefeller, der Sigrid-Laussen-Trust und George Soros. Die serbische KRIK (serbisch für 'Crime and Corruption Reporting Network') nennt als Partner die USAID, das NED, die Open Society Foundations von Soros, Rockefeller Brothers Fund, Civil Rights Defenders, die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen und die EU. Die BRN (Balkan Investigative Reporting Network) hat viele Unterstützer, u.a. die KRIK, das GIJN, den ausländisch finanzierten ukrainischen Radiosender Hromadskoe und diverse westliche Medien. Finanziert wird BIRN u.a. von den britischen, niederländischen, norwegischen, luxemburgischen, schwedischen und US-Botschaften, die EU, Freedom House, die Konrad Adenauer Stiftung, natürlich wieder das NED und USAID, Soros und Rockefeller. CRTA (Center for Research, Transparency and Accountability) nennt als Partner u.a. Schweden, Kanada, Großbritannien, Rockefeller, USAID und das NED. Der "Faktenchecker" Istnomer wird von der EU und der Dachorganisation der Faktenchecker, namens Poynter, finanziert. Vucic würde laut Röper sich freuen, wenn das Geld für diese NGOs als ausländische Direktinvestitionen direkt dem Land Serbien zufließen würden.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Der NDR und die NGO "OCCRP"

Der NDR startete im Januar 2023 eine Recherche über das internationale Netzwerk für Investigativjournalismus OCCRP (Organized Crime and Corruption Reporting Project). Weitere Recherchepartner wurden hinzugezogen. OCCRP ist mit einem Jahresetat von 20 Mio. Euro, 200 Mitarbeitern und über 100 Medienpartnern und Medienmitgliedern das größte Netzwerk dieser Art auf der Welt. Ihre wohl bekanntesten Rechercheergebnisse waren die "Panama-Papers" und "Pandora Papers". Als sich herausstellte, dass das sehr große Budget gut zur Hälfte von US-Regierungsstellen aufgebracht wird und welche Einflussmöglichkeiten die US-Regierung darüber auf das Netzwerk hat, entschied das NDR-Management, das Ergebnis nicht zu veröffentlichen und [keine Fragen an das OCCRP-Management zu stellen](#). Die Partner tun das aber, und schreiben auch über den Rückzug des NDR im September 2023.

Die Leitung des NDR gibt für die Entscheidung, eine eigene Reportage über den weitreichenden Einfluss der US-Regierung auf die weitgehend von ihr finanzierte OCCRP nicht zu senden, an, dass die Erkenntnisse "von mangelnder Relevanz" für die Zuschauer seien und das Thema der Untersuchung "redaktionelle und rechtliche Fragen" aufwerfe. Dies berichtet die französische Internet-Zeitung 'Mediapart', die an der Recherche zu dem nun zurückgehaltenen Beitrag beteiligt war. Mediapart erklärt nun jedoch, dass diese Finanzierung nicht frei von Bedingungen sei. So habe die US-Entwicklungshilfeagentur USAID, über die die Zahlungen der US-Regierung an OCCRP abgewickelt werden, ein "Mitspracherecht" beim jährlichen Arbeitsplan der Organisation sowie ein "Vetorecht" bei der Ernennung von "Schlüsselpersonal". Laut Mediapart hat OCCRP-Direktor Drew Sullivan Druck auf den NDR und mehrere der an der Recherche beteiligten Medienpartner ausgeübt und diese beschuldigt, Methoden anzuwenden, die er als "böseartig und unprofessionell" bezeichnete.

Dass der NDR den Beitrag wegen externen Drucks nicht veröffentlichte, streitet das Medienhaus ab. Laut Norbert Häring hatte der NDR "wohl den Fehler gemacht, echte Journalisten an die Aufgabe zu setzen. Und diese merkten, dass die [Geschichte größer und anders war, als sie gedacht](#) hatten. Sie holten im Sommer 2024 die französische Internet-Zeitung Mediapart, 'Drop Site News' in den USA, 'Il Fatto Quotidiano' aus Italien und 'Reporters United' aus Griechenland mit ins Boot."

Die Berliner Zeitung hat den [Entwurf des vom NDR nicht gesendeten Fernsehbeitrags](#) als Video (26m45, Original-Aussagen in English) veröffentlicht. Darin rühmt sich Sullivan, OCCRP habe mindestens fünf Regierungen gestürzt und Regierungen 50 Mrd. Dollar in Form von eingezogenem Geld eingebracht.

[Inhalt](#) ↑

● Petra Erler: Vom Dialog zur Doppelmoral: Der Niedergang deutscher Außenpolitik

Nach Petra Erler, Geschäftsführerin der Strategieberatung 'European Experience Company GmbH', hat die deutsche Außenpolitik seit 2022 nicht nur versagt, sondern das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot missachtet. Zudem habe sie bis dahin geachtete Elemente der deutschen Außenpolitik wie ein Eintreten für Dialog, Mäßigung und Verständigung oder den Willen zur Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen über alles Trennende hinweg aufgegeben. [Mit der "Zeitenwende" gehe "die Übernahme einer militaristisch ausgerichteten Außenpolitik und einer konfrontativen Wirtschaftspolitik einher"](#). Indem sich Deutschland an die absteigende Macht USA binde, beraube sie sich einer "eigenständigen Handlungsfähigkeit". Die Bedeutungslosigkeit Deutschlands und der EU könne man daran ablesen, dass Moskau über die nicht-nukleare Bestückung seiner Hyperschallrakete nur Washington informiert habe. Berlin protestiere ebenso wenig gegen den Einsatz von Anti-Personenminen in der Ukraine, wie es gegen den Krieg Kiews in den Donbass-Gebieten protestiert habe.

Erl er kritisiert auch die Anwendung von Doppelstandards in Berlin wie in Brüssel, z.B. hinsichtlich der Bewertung der IGH-Haftbefehle gegen Wladimir Putin und gegen Benjamin Netanjahu. Deutschland habe seine historische Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volk "zur Leerformel [gemacht], weil der Genozid des Holocaust nicht zu der Einsicht führte, dass alle Opfer eines mutmaßlichen Genozids unseres Schutzes bedürfen". Für Erl er "steht sogar die Frage im Raum, ob wir in falscher historischer Ableitung, die zu bedenkenlosem Zuspruch und zu Waffenlieferungen führte, gar zu Mittätern wurden. Und Nein, es ist kein Antisemitismus, wenn man israelische Politik den gleichen völkerrechtlichen Beurteilungsmaßstäben unterwirft, wie alle anderen Staaten auch." Erl er beklagt, dass "mit einem Realitätsverlust, der sich an Worte und Vorstellungen klammert, aber nicht mehr den Fakten und nicht mehr dem tatsächlichen Verlauf von Ereignissen folgt" das Schleifen der Meinungsfreiheit einhergehe.

[Petra Erl er](#), Jg. 1958, ist Geschäftsführerin der 'Strategieberatung European Experience Company GmbH'. 1990 war sie nach den ersten freien Wahlen in der DDR Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten. Von 2006 bis 2010 war sie die Kabinettschefin von EU-Kommissar Günter Verheugen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Éva Péli: **Emmanuel Todd: "Russlands Rolle im Weltgeschehen hat mich immer erstaunt"**

Im Interview mit der Russin Natalia Rutkewich bekommt Todd Raum [seine aus der Geschichte heraus genährte Sicht der Entwicklung der Welt](#) in Ruhe und ausführlich darzustellen. Der gegenwärtige Konflikt ist nach Todd durch das Aufeinanderprallen "einerseits des Ideals der Globalisierung unter Kontrolle der USA und andererseits das Ideal der nationalen Souveränität, das Russland verkörpert", gekennzeichnet. Russland spiele eine zentrale Rolle darin, dass im Rest der Welt immer mehr Menschen "sich als Teil ebendieser weltweiten Mehrheit zu begreifen, die sich weigert, den US-Amerikanern zu gehorchen". Den Niedergang der westlichen Demokratien sieht er im Niedergang der Religionen und der Bildung sowie im Aufkommen eines Nihilismus in Form von Ideologien (z.B. LGBT) begründet. Im Hinblick auf Europa geht Todd davon aus, dass es dem europäischen Kontinent dank der Annäherung zwischen Russland und Deutschland langfristig gelingt, seine Autonomie wiederherzustellen.

Der französische Historiker Emmanuel Todd hat zu seinem neuen Buch "[Der Westen im Niedergang](#)", in dem er sich den Fragen der Geopolitik zuwendet, zwei Interviews gegeben.

[Emmanuel Todd](#), Jg. 1951, französische Historiker und Soziologe, der bereits 1976 den baldigen Untergang der Sowjetunion vorhersagte, studierte am 'Institut d'études politiques' in Paris und promovierte an der University of Cambridge. Er forschte zu Fragen der Demografie, Familienstruktur, Religion und Bildung. Viele seiner Bücher, wie "Weltmacht USA. Ein Nachruf" (2002) sowie "Traurige Moderne" (2018) wurden zu Bestsellern. (Red.)

[Éva Péli](#) ist promovierte Sprachwissenschaftlerin mit langjähriger Studien- und Arbeitserfahrung in Russland, Spanien, Großbritannien und Deutschland. Die gebürtige Ungarin arbeitete als Dozentin für Deutsch als Zweitsprache und als Korrektorin, Lektorin und Autorin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- John J. Mearsheimer: **Wer hat den Ukraine-Krieg verursacht?**

Der US-Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer widmet sich in seinem Beitrag der Frage, [wer für den Krieg in der Ukraine verantwortlich ist](#). Nach Mearsheimer ist Putin nicht in die Ukraine einmarschiert, "weil er ein Imperialist ist, der die Ukraine zu einem Teil eines größeren Russlands machen will, sondern vor allem wegen der NATO-Erweiterung und der Bemühungen des

Westens, die Ukraine zu einer westlichen Hochburg an der Grenze Russlands zu machen“. Die Ansicht, dass Putin keine imperialistischen Absichten verfolgt, stützt Mearsheimer auf folgende Punkte ab, die er jeweils näher erläutert:

“ERSTENS gibt es schlicht und ergreifend keine Beweise aus der Zeit vor dem 24. Februar 2022, dass Putin die Ukraine erobern und in Russland eingliedern wollte. Vertreter der gängigen Meinung können keine Schriftstücke oder Aussagen von Putin nennen, die darauf hindeuten, dass er die Ukraine erobern wollte. [...]

ZWEITENS gibt es keinerlei Hinweise dafür, dass Putin eine Marionettenregierung für die Ukraine vorbereitete, in Kiew prorussische Führungspersonlichkeiten aufbaute oder irgendwelche politischen Maßnahmen verfolgte, die eine Besetzung des gesamten Landes und dessen letztendliche Eingliederung in Russland ermöglichen würden. [...]

DRITTENS: Putin hatte nicht annähernd genug Truppen, um die Ukraine zu erobern. [...]

VIERTENS: In den Monaten vor Kriegsbeginn versuchte Putin, eine diplomatische Lösung für die sich anbahnende Krise zu finden. [...]

FÜNFTENS: Unmittelbar nach Beginn des Krieges hat Russland der Ukraine die Hand gereicht, um Verhandlungen zur Beendigung des Krieges und zur Ausarbeitung eines Modus Vivendi zwischen den beiden Ländern aufzunehmen. [...]

SECHSTENS: Abgesehen von der Ukraine gibt es nicht den geringsten Hinweis darauf, dass Putin die Eroberung anderer osteuropäischer Länder ins Auge gefasst hat. [...]

SIEBTENS: Kaum jemand im Westen behauptete, Putin habe imperiale Ambitionen, seit er im Jahr 2000 die Macht übernahm, bis zum Beginn der Ukraine-Krise am 22. Februar 2014. Zu diesem Zeitpunkt wurde er plötzlich zum imperialen Aggressor. Warum? Weil die westlichen Staats- und Regierungschefs einen Grund brauchten, ihm die Schuld für die Krise zu geben.

Gründe, die dafür sprechen, dass die NATO-Erweiterung die Hauptursache für den Ukraine-Krieg war, sind nach Mearsheimer:

“ERSTENS sagten russische Führer aller Art vor Kriegsbeginn wiederholt, dass sie die NATO-Erweiterung in die Ukraine als eine existenzielle Bedrohung betrachten, die beseitigt werden muss. [...]

ZWEITENS erkannte eine beträchtliche Anzahl einflussreicher und hoch angesehener Persönlichkeiten im Westen vor dem Krieg, dass die Expansion der NATO – insbesondere in die Ukraine – von der russischen Führung als tödliche Bedrohung angesehen werde und schließlich zur Katastrophe führen würde. [...]

DRITTENS: Die zentrale Bedeutung der tiefen Angst Russlands vor einem NATO-Beitritt der Ukraine wird durch zwei Entwicklungen seit Kriegsbeginn verdeutlicht.“

Abschließend meint Mearsheimer: “Schließlich ist aus der Verhandlungsposition Russlands in Istanbul sowie aus Putins Äußerungen zur Beendigung des Krieges in seiner Ansprache vom 14. Juni 2024 klar ersichtlich, dass er nicht daran interessiert ist, die gesamte Ukraine zu erobern und sie zu einem Teil eines größeren Russlands zu machen.“

[John J. Mearsheimer](#), Jg. 1947, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Chicago und Autor des Buches “*The Tragedy of Great Power Politics*“. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Multipolar: **73 Prozent der Ukrainer für „sofortige Friedensverhandlungen“**

Fast drei Viertel der ukrainischen Bevölkerung fordern unverzügliche Verhandlungen, um den Krieg mit Russland zu beenden. Dies [geht aus einer aktuellen repräsentativen Umfrage der ukrainischen Organisation “Fortgeschrittene Rechtsinitiativen” \(PPI\) hervor](#). 73,4% der Befragten entschieden sich demnach für die Antwort “sofortige Friedensverhandlungen für eine

Kompromisslösung“, während sich die restlichen 26,6% der Befragten für die andere Antwortmöglichkeit “Weiterführung des Krieges bis zum Erreichen der Staatsgrenzen von 1991“ entschieden. Aufgeschlüsselt nach Regionen wächst die Zustimmung zu Friedensverhandlungen von West nach Ost – erzielt jedoch in allen ukrainischen Landesteilen eine Mehrheit. Im Westen des Landes war die Zustimmung dabei mit 53,6% am geringsten, in der Zentralukraine lag sie den Angaben zufolge bei 69,4%, in der Hauptstadt Kiew bei 72,8% und in den südlichen und östlichen Landesteilen bei 91,3%. Die Befragung wurde vom 19.12. bis 24.12.2024 unter knapp 5‘100 volljährigen Ukrainern durchgeführt. Die Hälfte der Befragten wurde den Angaben zufolge in persönlichen Gesprächen interviewt, die andere Hälfte telefonisch. Laut der verantwortlichen Organisation PPI ist die Umfrage repräsentativ. Die Zahlen bestätigen die Ergebnisse einer ebenfalls repräsentativen Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie aus dem Februar 2024. Bereits damals hatten sich 72% der Ukrainer für Friedensverhandlungen ausgesprochen.

[Paul Schreyer, Jg. 1977](#), Autor (*"Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"*; *"Wer regiert das Geld?"*) und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Kyle Anzalone: 200 israelische Soldaten, die sich weigern, in Gaza zu kämpfen, fordern in einem Brief an Netanjahu ein Ende des Krieges**

Während sich die israelische Offensive im Gazastreifen in den 15. Monat hineinzieht, weigert sich eine wachsende Zahl von IDF-Soldaten, auf das Schlachtfeld zurückzukehren. Einige sagen, sie seien Zeugen von Kriegsverbrechen im Gazastreifen geworden und wollten nicht länger Teil des Konflikts sein, den mehrere Menschenrechtsorganisationen als Völkermord bezeichnen. 200 israelische Soldaten haben einen Brief unterzeichnet, in dem der israelische Premierminister Benjamin [Netanjahu aufgefordert wird, den Krieg zu beenden](#). Während das israelische Militär die zunehmenden Dienstverweigerungen verurteilt, sind in den Medien immer mehr Äußerungen von israelischen Soldaten zu vernehmen, die sich gegen weitere Einsätze in Gaza bzw. für ein Ende des Krieges in Gaza positionieren.

[Kyle Anzalone](#) ist Nachrichtenredakteur des 'Libertarian Institute', Meinungsredakteur von *Antiwar.com* und Co-Moderator von 'Conflicts of Interest' mit Will Porter und Connor Freeman. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jakob Reimann: Bericht: Genozid in Gaza**

['Amnesty International' wirft Israel Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen vor](#). Das geht aus einem am 06.12.2024 veröffentlichten 300-seitigen Bericht hervor. Demnach habe Israel vor, die Palästinenser durch tödliche Angriffe, die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur und die Verhinderung der Lieferung von Lebensmitteln, Medikamenten und anderer Hilfsgüter gezielt zu vernichten. Die israelische Regierung bezeichnete den Bericht als “vollständig falsch”.

Am 05.12.2024 zerstörten israelische Luftangriffe in Al-Mawasi im Süden des Gazastreifens ein Zeltlager für vertriebene Palästinenser. Bei den Angriffen wurden 21 Menschen getötet und 28 weitere verletzt. Auch fünf Kinder starben. Dies war der jüngste Angriff auf die Zeltstadt, die Israel als humanitäre Sicherheitszone ausgewiesen, aber wiederholt bombardiert und dabei Zelte in Brand gesetzt hatte. Am selben Tag flohen viele Familien aus umliegenden Gebieten nach Al-Mawasi, nachdem Israel Wohngebiete mit Artilleriegranaten angegriffen hatte. Mindestens 47

Menschen seien an dem Tag in Gaza durch Luftangriffe getötet worden, meldete Reuters unter Berufung auf Mediziner vor Ort. Israelische Panzer drangen weiter in den Norden der nahegelegenen Stadt Khan Junis vor. Neun Menschen wurden durch Panzerbeschuss in Rafah, nahe der Grenze zu Ägypten, getötet, zehn weitere durch Luftschläge auf drei Wohnhäuser in Gaza-Stadt. Viele Opfer blieben unter den Trümmern verschüttet. Im Zentrum des Gazastreifens tötete Israel fünf Menschen, die vor einer Bäckerei Schlange gestanden hatten. Außerdem beschossen die israelischen Streitkräfte den fünften Tag in Folge das Kamal-Adwan-Krankenhaus in Beit Lahiya im Norden. Nach Angaben der israelischen Organisation Gisha von Ende November bestehen für knapp 80% der abgeriegelten Küstenenklave Evakuierungsaufforderungen.

[Jakob Reimann](#) arbeitet nach seinem Masterabschluss als freier Journalist und Autor. Er ist Gründer und Herausgeber der Website 'JusticeNow!'; seine Themenschwerpunkte Osteuropa, Balkan und Naher Osten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Joachim Guilliard: Das Ende Syriens als säkularer und souveräner Staat rückt die Region weiter in den Abgrund**

Die Machtübernahme dschihadistischer Gruppen in Damaskus besiegelt nach Joachim Guilliard in Verbindung mit der türkischen, israelischen und US-amerikanischen Besatzung [das Ende des letzten säkularen Staates in Westasien](#) und eines souveränen Syrien in den bisherigen Grenzen. Dem geschundenen Land drohe nun ein ähnliches Schicksal wie Libyen, der Region weitere Destabilisierung bzw. "das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen", wie Volker Perthes es ausdrücke. Hierzulande werde der Sturz Bashir al Assads breit gefeiert. "Die Syrer" hätten "sich selbst befreit", sei das verbreitete Narrativ. Nach Guilliard hat solch eine Erzählung nichts mit der Realität zu tun, wie er in seinem ausführlichen Artikel darlegt.

[Joachim Guilliard](#), Jg. 1958, hauptberuflich IT-Berater, in der Friedensbewegung aktiv. Verfasser zahlreicher Fachartikel sowie Mitherausgeber bzw. -autor mehrerer Bücher über die von Kriegen betroffenen Länder im Nahen und Mittleren Osten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **GlobalBridge: Offener Brief an die Schweizer Regierung, den Bundesrat**

Das Schweizer Ehepaar Elfy und René Roca hat reagiert und der Schweizer Regierung Anfang Januar 2025 einen Brief geschrieben. Sich beziehend auf einen Bericht der NZZ (Neue Zürcher Zeitung) mit dem Titel "Letztes Spital muss Betrieb einstellen", der die Gräueltaten des Völkermords im Gazastreifen unter Verwendung verschiedener Quellen darlegt, [fordern sie ihre Regierung in Bern "inständig auf, sich unmissverständlich für den Frieden einzusetzen"](#). Haben Sie den Mut aufzustehen und die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit wieder klar und deutlich zu erheben, auch wenn Sie damit gegen den Strom der Mächtigen schwimmen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Irland oder Südafrika, werden Sie selber so zum Vorbild. Die Schweiz muss sich nicht 'für eine Seite' entscheiden, sondern sich als glaubwürdig neutrales Land angesichts des Wahnsinns des Krieges für Waffenstillstand und Frieden einsetzen – jetzt!"

[Globalbridge](#) ist eine von Christian Müller initiierte Webseite. Müller, Jg. 1944, studierte Geschichte, Staatsrecht und Betriebswirtschaft; seit 2010 unabhängiger Journalist und Redakteur bei infosperber.ch bis 5.03.2022. Müller setzt sich dafür ein, dass Demokratie auch in internationalen Gremien Standard wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **IPPNW: Ärzt*innenorganisation kritisiert weltweite Aufrüstung und Militarisierung**

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW ist sehr besorgt über die weltweite Aufrüstung und Militarisierung, die u.a. durch die Kriege in der Ukraine und in Gaza befeuert wird. Die [IPPNW appelliert an die Bundesregierung, sich in beiden Konflikten für diplomatische Lösungen stark zu machen](#). Statt weiter auf Aufrüstung und Abschreckung gegenüber Russland zu setzen, können nur Waffenstillstand, Verhandlungen und Rüstungskontrolle Sicherheit für Europa bringen. Angesichts der Völkermord-Vorwürfe durch Menschenrechtsorganisationen und des Haftbefehls des IStGH (Internationaler Strafgerichtshof) gegen Ministerpräsident Netanjahu wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen laut IPPNW bis zur Klärung keine deutschen Rüstungsgüter mehr nach Israel geliefert werden und bereits erteilte Rüstungsexportgenehmigungen müssen widerrufen werden. Die vom Europäischen Parlament beschlossene Resolution ist laut IPPNW ein weiterer gefährlicher Schritt Richtung Ausweitung und Eskalation des Ukrainekrieges, der die Kassen der Rüstungskonzerne füllt, jedoch eine diplomatische Lösung des Konflikts behindert. So haben laut SIPRI die 100 größten Rüstungskonzerne ihre Waffenverkäufe im vergangenen Jahr um 4,2% und Rheinmetall um 10% gesteigert. ([Weitere Zahlen zu Rüstungsproduzenten](#))

Deutschland hat in 2024 [Rüstungsexporte in Höhe von 131 Mio. Euro an den Staat Israel genehmigt](#), obwohl die internationale Besorgnis über den Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen wächst, und obwohl Nicaragua Klage gegen Deutschland erhob, weil sie sich mutmaßlich am Völkermord beteilige, und obwohl von Südafrika gegen Israel Klage (ebenfalls beim IStGH) wegen Verdacht auf Völkermord erhoben wurde.

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Lebenshaus Schwäbische Alb: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland**

In einem Offenen Brief mit mehr als 30 prominenten Erstunterzeichnern wendet sich die Kampagne "[Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!](#)" – ein Bündnis von knapp 50 Friedensinitiativen – an die Kandidierenden zur Bundestagswahl. Sie fordern die Politiker auf, sich gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland auszusprechen und "für neue Verhandlungen über Rüstungskontrolle und die Abrüstung aller Mittelstreckenwaffen in Europa" einzusetzen. Die Unterzeichnenden fordern zudem ein Bekenntnis "zum mittelfristigen Ziel einer neuen Friedensordnung in Europa". Sie beklagen, "dass die weitreichende Entscheidung zur Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ohne jede öffentliche Begründung oder Debatte getroffen wurde". Zu den 30 prominenten Erstunterzeichnern aus der Zivilgesellschaft gehören u.a. Margot Käßmann, Daniela Dahn und Ernst Ulrich von Weizsäcker.

Der 1993 gegründete Verein "[Lebenshaus Schwäbische Alb](#) - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V." mit Sitz in Gammertingen (Kreis Sigmaringen) will konstruktive, Leben stiftende Antworten auf existentiell wichtige Fragen und auf die vielfältigen Formen zerstörerischer Gewalt geben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Konstantin Demeter: **E-Mails enthüllen Versagen der US-Regierung bei der Überwachung von Nebenwirkungen der “Covid-Impfstoffe”**

Neu veröffentlichte E-Mails der FDA (Food and Drug Administration, US-amerikanische Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde) enthüllen wichtige Erkenntnisse über die Überwachung der Impfstoffsicherheit während der ersten 18 Monate der Einführung der Impfstoffe gegen Covid. Die FDA veröffentlichte die E-Mails dem Portal zufolge einen Tag, nachdem die Behörde Einspruch gegen einen Antrag erhoben hatte, mit dem das Gericht ersucht wurde, die FDA anzuweisen, die VAERS-Sicherheitsüberwachungsdaten offenzulegen, welche die von Robert F. Kennedy Jr. gegründete Organisation ‘Children’s Health Defense’ im Juli 2022 von der Behörde angefordert hatte. Aus den VAERS-Daten aus dem Überwachungszeitraum geht hervor, dass das System etwa [1,4 Millionen Meldungen über unerwünschte Ereignisse im Zusammenhang mit Covid-Impfstoffen](#) erhalten hat, darunter 91’000 für Janssen, 491’000 für Moderna und 806’000 für Pfizer. Die E-Mails würden zeigen, dass die FDA trotz dieser Zahlen eine stetig steigende Zahl von Warnungen wegen unerwünschter Ereignisse im Zusammenhang mit dem Janssen-Impfstoff feststellte, während sie nur eine Handvoll Warnungen für Moderna und Pfizer notierte, meist wegen Problemen bei der Verabreichung des Präparats. Für den Rechtsbeistand des Klägers sind die E-Mails “ein weiterer Beweis dafür, dass die Bundesregierung ihr Versprechen, VAERS als ‘Frühwarnsystem’ zu nutzen, um Risiken im Zusammenhang mit den neuen Impfstoffen zu erkennen und darauf zu reagieren, nicht einhält”.

[Konstantin Demeter](#) ist Journalist und Fotograf. Nebst ‘Transition News’ hat er unter anderem im Rubikon und im ‘OffGuardian’ veröffentlicht. Er war auch lange im Kulturbereich als Organisator tätig und hat in fernen Ländern gelebt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- treditionShop: **Staatsfeind?**

Die Kämpfer für echte Demokratie, nämlich Patrik Baab, Ulrike Guérot, Gabriele Gysi, Werner Köhne, Michael Meyen, Ullrich Mies, Hermann Ploppa, Dirk Pohlmann, Werner Rügemer und Marie Wasilewski, haben die Beiträge für das Buch “[Staatsfeind? Wie ich zum Kämpfer für echte Demokratie wurde](#)” geschrieben, das vom ‘Philosophischen Salon Köln’ herausgegeben wurde. Einen kleinen Einblick gibt die [Rezension von Felicitas Rabe](#).

Wer an den [Treffen des ‘Philosophischen Salon Köln’](#) teilnehmen möchte, kann dies über dessen Homepage einleiten.

[treditionShop](#) ist ein Anbieter von Werkzeugen und Unterstützung bei der Erstellung, Gestaltung, Herstellung, Publikation und Vermarktung von Büchern. Allerdings werden die Bücher dabei keiner typischen Verlagsprüfung unterzogen und verlangt keine Verlagsrechte für sich. (Red.)

[Inhalt](#) ↑